



November/Dezember 2016

*Ihre
Kandidatin
für den
Bundestag
2017*

Herbstbrief

von Bettina M.

Wiesmann MdL

Landtagsabgeordnete im Wahlkreis 38
Frankfurt am Main
Bornheim | Nordend | Ostend

Warum ich
kandidiere
Seite 2

CDU
Seite 8

Frankfurt
Bildung
Seite 10

Frankfurt
Vor Ort
Seite 13



Warum ich für die CDU im Wahlkreis 183 antrete

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 14. November hat die Wahlkreisdelegiertenversammlung für den Bundestagswahlkreis 183 mich als Kandidatin für den Bundestag nominiert. Ich danke allen herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Gemeinsam werden wir dafür kämpfen, dass wir auch 2017 diesen Wahlkreis gewinnen.

Vornweg möchte ich mich bei allen 17 Frankfurter Stadtbezirksverbänden des Wahlkreises und weiteren Vereinigungen der Frankfurter CDU bedanken, dass sie mich eingeladen und mir die Gelegenheit zur persönlichen Vorstellung gegeben haben. Ich habe aus all diesen Gesprächen viele Anregungen und Denkanstöße mitgenommen und die Frankfurter Stadtteile außerhalb meines Landtagswahlkreises besser kennengelernt. Dafür danke ich herzlich.

Was möchte ich im Bundestag, in Berlin erreichen? Es sind im Wesentlichen drei Motive, die mich antreiben.

1. Ich möchte die Familienpolitik der CDU auf Bundesebene mitgestalten.

Seit Beginn meiner politischen Arbeit bin ich in der Familienpolitik engagiert, einschließlich der Berührungspunkte zur Bildungspolitik (z.B. frühkindliche Bildung, Ganztage etc.). Als Sprecherin der Landtagsfraktion für Familienpolitik und frühkindliche Bildung habe ich viele Themen auf diesem Feld beackert, sowohl im Parlament als auch

auf unterschiedlichen Ebenen in der Partei. Ich habe gemeinsam mit den Kollegen zahlreiche inhaltliche Beiträge erarbeitet, zuletzt den Beschluss der drei Landtagsfraktionen von Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz „Politik für kinderreiche Familien“ vom Oktober 2015, das Familienkapitel der Laschet-Kommission „Zusammenhalt stärken, Bürgergesellschaft entwickeln“ für den Bundesparteitag 2015 und den Ergänzungsvorschlag zur Schaffung neuer Hortplätze für das Frankfurter Kommunalwahlprogramm 2016. Derzeit arbeite ich als stellv. Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend an einem Eckpunktepapier zur Frage „Wie wollen Familien künftig leben?“ und entsprechenden Schlussfolgerungen für unser Bundestagswahlprogramm 2017.

Freiräume für Familien erweitern, Sorgearbeit anerkennen, Ehegattensplitting beibehalten

Es ist offensichtlich, dass sehr wichtige familienpolitische Stellschrauben auf der Bundesebene liegen, mithin am wirkungsvollsten im Bundestag gestaltet werden können. Eine solche Chance würde ich zu nutzen versuchen, um den Freiraum der Familien für eine ihren Bedürfnissen und Wünschen entsprechende Lebensgestaltung zu erweitern (z.B. durch Lebensarbeitszeitmodelle), um der familiären Fürsorge in allen Lebensphasen mehr Flexibilität und Anerkennung zu verschaffen (z.B. durch weiter verbesserte Anerkennung von Familienar-

beit in unseren Sozialsystemen) und um Treue und Verbindlichkeit in den zwischenmenschlichen Beziehungen zu stärken.

Letzteres ist mir sehr wichtig: Ich möchte, dass Eltern sich um ihre Kinder und genauso Kinder sich um ihre Eltern in dem Maße kümmern können, wie sie es wollen – ohne deshalb dauerhaft aus dem Erwerbsleben scheiden zu müssen oder unerträgliche finanzielle Konsequenzen für die Familie oder die eigene Alterssicherung hinnehmen zu müssen. Und so richtig es ist, dass die finanzielle Familienförderung auch Alleinerziehenden und nicht verheirateten Paaren zu Gute kommen muss (z.B. durch ein an die Gesamtzahl der Familienmitglieder gebundenes Familiensplitting), so wenig darf dieser Politik das Ehegattensplitting – ein Nachteilsausgleich, falls Heiratswillige ungleich viel verdienen – geopfert werden!

2. Ich möchte Frankfurt in Berlin wirkungsvoll vertreten und zugleich die Bundespolitik stärker nach Frankfurt holen.

Frankfurt ist eine besondere Stadt, die als kleinste Metropole Europas mitten in einer der leistungsstärksten Regionen dieses Kontinents liegt. Hier sind Weltläufigkeit und Fußläufigkeit keine Gegensätze, was einen großen Teil unserer schätzenswerten Lebensqualität ausmacht. Als Verkehrsdrehscheibe und Wachstumsmotor, aber auch als Wissenschafts- und Kulturstadt sowie als europäische Hauptstadt erfährt Frankfurt seit Jahren ein Wachstum, das viele Herausforderungen mit sich bringt, dem wir unsere Heimat- und Stadtteilverbundenheit nicht opfern wollen, das aber unter allen denkbaren Problemen immer noch das schönste ist, weil es Gestaltung und nicht Rückbau erfordert.

Frankfurt hat immer von Zuzug, Handel, Initiative und Wandel – kurz: Wachstum - gelebt und damit beste Erfahrungen gemacht. Neue Bewohner mit neuen Ideen und Energie für unternehmerische, soziale und kulturelle Projekte sollten uns deshalb willkommen sein und bei uns auch Platz finden. Angesichts unserer wirtschaftlichen Kraft und der hohen Einsatzbereitschaft in der Bevölkerung kann Frankfurt dies im Zusammenspiel mit der Region ganz sicher bewältigen; es muss dazu aber auch stark bleiben.

Damit seine Leistungsfähigkeit erhalten bleibt, braucht Frankfurt eine starke Fürsprache in Berlin – für den Finanzplatz, für den Flughafen, für den Lückenschluss A66/A661 zu vernünftigen Lärmschutzbedingungen für die Bevölkerung in den umliegenden Wohngebieten. Ich möchte mich z.B. dafür einsetzen, dass die Perspektive eines sechsstreifigen Ausbaus der A661 gewahrt bleibt und der Bund sich in spürbarer Weise an umfassendem Lärmschutz für Bornheim und Seckbach mit den entsprechenden Perspektiven für die Frankfurter Stadtentwicklung (Stichwort Einhausung) beteiligt.

Genauso wichtig wie die Wahrnehmung Frankfurter Interessen in Berlin ist es mir, die Bundespolitik stärker als zuletzt üblich in Frankfurt zum Thema zu machen und mich der Diskussion dazu zu stellen. In Zeiten großer Umbrüche und krisenhafter Entwicklungen erscheint es mir unabdingbar, immer wieder ein Forum für die Diskussion in Partei und Öffentlichkeit zu bieten. Dabei geht es mir nicht nur darum, Berliner Politik „zu erklären“, auch wenn gute Informationen am Anfang jeder ernsthaften Diskussion stehen müssen. Ich will dazu beitragen, dass die Frankfurter Bürgerschaft und allen voran die Frankfurter CDU an der Auseinandersetzung mit den großen Fragen unserer Zeit aktiv Anteil nimmt und sie vorantreibt.

3. Schließlich möchte ich die CDU als Partei der breiten bürgerlichen Mitte wieder starkmachen.

Dazu gehört zuallererst eine Asyl- und Flüchtlingspolitik mit Realismus und Augenmaß: Der im vergangenen Jahr von vielen verspürte Kontrollverlust darf sich nicht wiederholen. Diejenigen, die schon bei uns sind und einen Aufenthaltstitel erlangt haben, müssen wir bestmöglich aufnehmen und integrieren; zugleich gilt es, den kulturellen Zusammenhalt Deutschlands zu stärken. Alleingänge in Europa sollten wir tunlichst vermeiden, stattdessen gezielt in Vertrauensbildung bei unseren europäischen Freunden und Nachbarn investieren.

Menschen, die besorgt sind, müssen wir mit Ruhe und unseren Argumenten begegnen, denn es wurde bereits viel erreicht. Der Flüchtlingszustrom ist abgeebbt, die Balkanroute geschlossen, die Rückführungen haben deutlich zugenommen. Zu-

Warum ich kandidiere

gleich rüsten wir uns stetig besser für die Integrationsaufgaben im eigenen Land; Hessen geht dabei mit bestem Beispiel voran (s. Aktionspläne I und II für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt).

Als CDU wissen wir besser als alle anderen um die Bedeutung der kulturellen Integration. Menschen aus fremden Kulturkreisen bei uns nicht nur aufzunehmen und unterzubringen, sondern ihnen und ihren Kindern die Grundlagen unseres Zusammenlebens nach dem Grundgesetz, dem abendländischen Wertesystem und der sozialen Marktwirtschaft nahezubringen, ist keine Frage von Kursen und Verpflichtungserklärungen allein. Es bedarf jahrelanger intensiver Zuwendung mit hohem Einfühlungsvermögen aller Beteiligten, aber natürlich auch deutlicher Signale, dass wir die Bereitschaft zu Anstrengung und nachweisbarer Leistung erwarten. Ich sehe in dieser Herausforderung auch die Chance, uns selbst wieder stärker auf unsere bürgerlichen Grundtugenden von Leistungswillen und -gerechtigkeit, Eigenverantwortung und Wettbewerb sowie Hilfe zur Selbsthilfe zu besinnen.

Dafür trete ich ein, bisher in der Bildungspolitik auf Landesebene (z.B. für die Beibehaltung unseres begabungsgerechten, mehrgliedrigen Schulsystems oder für den ungeschmälernten Leistungsanspruch der hessischen Abschlüsse, auch durch eine gute Ausstattung unserer gymnasialen Oberstufen). Auf Bundesebene will ich den m.E. unabhängigen Bildungsföderalismus verteidigen, der uns hilft, allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz die Unterschiede zwischen erfolgreicher (in Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg vor 2011 und Hessen) und erfolgloser (in den SPD-regierten Bundesländern) Bildungspolitik zu erkennen und immer wieder deutlich zu machen. Auch in Fragen allgemeiner Sozial- und Wirtschaftspolitik trete ich für diese Grundsätze ein, z.B. für einen flexibilitätsorientierten Übergang in den Ruhestand, für ein leistungs- und familienfreundliches Steuersystem, für eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik.

Asylrecht konsequent umsetzen, Flüchtlingspolitik europäisch ordnen, Zuwanderungsgesetz schaffen

Damit diese Grundsätze und die vielen auf ihnen beruhenden Regelungen in unserem Land Bestand haben, brauchen wir neben einer funktionierenden Asylpolitik und einer europäisch geordneten Flüchtlingspolitik endlich auch ein echtes Zuwanderungsgesetz. Es muss uns gelingen zu definieren, wen wir auf der Basis eines wohlverstandenen eigenen Interesses in unsere Gesellschaft einladen, ganz losgelöst von denen, denen wir aus Barmherzigkeit temporär Zuflucht gewähren. Angesichts unserer Vergangenheit, die es uns nicht nahelegt, Menschen aus eigenem Interesse zu beurteilen und manche abzuweisen, ist dies keine leichte politische Aufgabe. Sie muss aber angegangen werden, nicht zuletzt um unsere Helfefähigkeit für Geflüchtete zu bewahren.



Zu einem gewinnenden bürgerlichen Profil gehört schließlich eine klare außenpolitische Verortung. Aufgewachsen im geteilten Berlin, ausgebildet in Frankreich, Großbritannien und den USA, bin ich der Westbindung Deutschlands und der europäischen Union durch und durch verpflichtet. Gerade in der Auseinandersetzung mit der AfD müssen wir immer wieder deutlich machen, dass wir unsere Zukunft an der Seite Amerikas im Verbund der NATO und mit unseren europäischen Partnern gestalten wollen. Die Asyl- und Flüchtlingskrise, der ungelöste Konflikt in der Ukraine, der furchtbare Krieg in Syrien und die Bedrohung durch den Terrorismus führen uns vor Augen, wie notwendig es ist, in Fragen der Grenzsicherung, der europäischen Verteidigung und der grenzüberschreitenden inneren Sicherheitspolitik intensiver zusammenzuarbeiten. Ich bin überzeugt: Wenn es uns

gelingt, auf diesen Feldern sichtbare Fortschritte zu erzielen und auf den Flüchtlingszustrom eine gemeinsame europäische Antwort zu geben, wird die verbreitete Europaskepsis überwunden und wird auch eine gute Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion möglich.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und lade Sie ein, mit mir zu meinen Vorstellungen ins Gespräch zu kommen.

Mit herzlichen Grüßen und den besten Wünschen für die Advents- und Weihnachtstage,

Bettina M. Wiesmann

„Wir brauchen fähige Leute“

Die CDU-Politikerin Bettina Wiesmann will nach Berlin · Montagsinterview FNP 19.9.2016

Frankfurt. Am 14. November entscheiden die Delegierten über die CDU-Direktkandidatur im Bundestagswahlkreis 183. Sowohl die Landtagsabgeordnete Bettina Wiesmann als auch der Chef der CDU-Fraktion im Römer, Michael Prinz zu Löwenstein, bewerben sich um die Nachfolge von Erika Steinbach.

Kampfkandidaturen sind bei den Parteiführern wegen des fragilen Gleichgewichts zwischen dem rechten Flügel, der MIT, und dem sozialen Flügel nicht erwünscht. FNP-Redakteur Thomas Remlein sprach mit Wiesmann.

Haben es Frauen in der CDU schwerer als in anderen Parteien?

WIESMANN: Ich bin nur in der CDU. Deshalb kann ich Ihnen dazu nicht wirklich Auskunft geben.

Bei den Grünen ist beispielsweise jeder zweite Platz für eine Frau reserviert.

WIESMANN: Ja. Solche Mechanismen - bei uns ist es das Quorum - machen es vordergründig einfacher, als Frau eine Nominierung zu erreichen. Aber auch dann muss man sich erst einmal durchsetzen.

Aber bei der CDU gibt's zu wenig qualifizierte Frauen, wird oft beklagt.

WIESMANN: Das wichtigste Kriterium bei der Kandidatenauswahl ist die Qualität. Wir brauchen fähige Leute in der Politik – Männer und noch mehr Frauen als bisher. Deshalb kann man nicht ausschließlich am Geschlecht die Auswahl seines Personaltableaus festmachen.

Aber die CDU sucht doch gerade Frauen wie Sie: Im Beruf stehend, mit der Erfahrung als Mutter von vier Kindern. Wenn es dann aber um richtig große Ämter geht - ohne Ihr Landtagsmandat kleinreden zu wollen - dann kommen doch wieder die alten Herren zum Vorschein.

WIESMANN: Wir haben in diesem Land eine Bundeskanzlerin. Die haben wir nicht als Frau gewählt, sondern weil sie die Beste ist. Und wir haben auch an anderer Stelle viele einflussreiche Frauen.

Aber mit Ihrer Gegenkandidatur gegen Michael Prinz zu Löwenstein durchbrechen Sie ja das Gesetz der Frankfurter CDU der Absprache zwischen den Flügeln.

WIESMANN: Das sehe ich anders. Wir haben zwei Kandidaten für diese Nominierung, die demselben Flügel angehören. Wenn jetzt kein weiterer hinzukommt, wird auf jeden Fall ein MIT-Kandidat in den Bundestagswahlkampf ziehen. Insofern sind die Absprachen zwischen den Flügeln nicht tangiert.

Die Vergangenheit hat allerdings gezeigt, dass selbst Kandidaten innerhalb desselben Flügels mit fürchterlichen Konsequenzen, sprich dem politischen Karriereende, rechnen mussten, wenn sie nicht dem Rat der Parteioberen folgten. Ich erinnere an Klaus Vohwinkel.

WIESMANN: Ich vertraue auf das gute Recht der Delegierten, am 14. November ihre Entscheidung zwischen den beiden oder auch mehreren Kandidaten zu treffen.

>>>

Warum ich kandidiere

Haben Sie schon Rückmeldung? Sie ziehen ja genauso wie Ihr Kontrahent Michael Prinz zu Löwenstein durch die Stadtbezirksverbände, um für Ihre Kandidatur zu werben.

WIESMANN: Ich höre, dass man sich freut, eine Wahl zu haben. Ich spüre auch Zuspruch zu dem, was ich vortrage. Das macht mich zuversichtlich, alles Weitere sehen wir am 14. November.

Halten Sie die Absprachen zwischen den beiden Flügeln noch für zeitgemäß? Nach der Kommunalwahl ist die CDU auf 22 Prozent geschrumpft.

WIESMANN: Wenn Sie mir nahelegen, daraus den Schluss zu ziehen, dass wir uns verändern müssen, dann würde ich Ihnen ein Stück weit zustimmen. Natürlich müssen wir darüber nachdenken, wie wir wieder eine Trendwende erreichen können, wie wir den Abwärtstrend der CDU in Frankfurt stoppen können. Das wird nicht nur vom Auftreten in der politischen Arena oder Inhalten abhängen.

Ist das bestehende System nicht leistungsfeindlich? Es könnte ja mal sein, dass zwei Kandidaten vom MIT-Flügel oder zwei Kandidaten vom sozialen Flügel besser geeignet sind als ein schwacher Kandidat vom MIT-Flügel und ein schwacher Kandidat vom sozialen Flügel.

WIESMANN: Das ist theoretisch denkbar. Deshalb sollte man es eben mit den Festlegungen über die Flügel nicht zu weit treiben. Ein Teil meiner Motivation ist es auch, einen Wettbewerb zuzulassen. Es muss auch in der CDU möglich sein, dass sich für so eine wichtige Position mehr als ein Kandidat zur Wahl stellt oder vorgeschlagen wird. Ich werde von vielen gebeten, nicht zurückzuziehen.

Es ist Ihnen angeboten worden, im Darmstädter Bundestagswahlkreis CDU-Direktkandidatin zu werden. Warum wollen Sie unbedingt in Frankfurt kandidieren?

WIESMANN: Es gab kein offizielles Angebot. Wichtig ist mir, festzuhalten: Ich bin in einem Drittel dieses Frankfurter Bundestagswahlkreises seit sieben Jahren tief verwurzelte Abgeordnete. Ich habe das Drittel des Bundestagswahlkreises zwei Mal direkt gewinnen können ...

... gegen starke Kandidaten.

WIESMANN: Danke, das ist nett, dass Sie das hinzufügen. Ich bin in Frankfurt zu Hause und nicht in einer anderen Stadt. Und ich habe das zu vereinbaren mit privaten Umständen, denen ich auch gerecht werden muss. Es ist für mich vollkommen undenkbar, in einem fremden Bezirk am Ende noch ein paar Monate vor einer so wichtigen Entscheidung hinzugehen und zu glauben, dass ich ein gutes, auch lokal akzeptables Angebot sein könnte. Nein, ich kenne meinen Wahlkreis, der ist Teil des Bundestagswahlkreises, und deshalb kann ich hier mit Selbstbewusstsein vor meine Delegierten treten.

Sie haben das Private gerade erwähnt. Sie sind bereits Landtagsabgeordnete und Mutter von vier Kindern. Glauben Sie nicht, dass beim tradierten Frauenbild der CDU die Delegierten für die Bundestagskandidatur gegen Sie entscheiden werden, weil Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Landtag besser gegeben sehen? Nach dem Motto: Wir helfen der Frau Wiesmann, bei ihren Kindern bleiben zu können.

WIESMANN: Ich würde mich für eine solche Fürsorge immer bedanken – weil sie gut gemeint ist. Aber sie geht am entscheidenden Punkt vorbei: Wir brauchen in den Parlamenten Menschen, die mitten im Leben stehen. Die auch die Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe, Mandat und private Pflichten zu vereinbaren, am eigenen Leibe kennengelernt haben und vielleicht noch spüren. Ich wünsche mir mehr Menschen in der aktiven Familienphase in den Parlamenten. Was mich betrifft, kann ich jeden beruhigen: Die dazu notwendigen Besprechungen und Überlegungen sind alle angestellt worden.

Sie haben es unterschwellig angedeutet: Trauen Sie Herrn zu Löwenstein nicht zu, mitten im Leben zu stehen?

WIESMANN: Herr zu Löwenstein steht meiner Meinung nach in einer anderen Lebensphase. Die hat auch ihre Vorteile. Aber das sollen ruhig die Delegierten entscheiden.

Lassen Sie uns zum Gegensatz Stadt-Land kommen. Was halten Sie von der Klage der Stadt Frankfurt gegen den Kommunalen Finanzausgleich? Sie haben ja die Interessen des Landes zu vertreten in Wiesbaden.

WIESMANN: Ich habe natürlich beides im Auge zu haben. In der Frage des KFA bin ich der Auffassung, dass die Landesregierung eine gute Lösung gefunden hat. Sie hat sich das nicht ausgesucht. Sie hatte den Auftrag des Staatsgerichtshofes. Ein wichtiger Aspekt ist für mich, dass insgesamt der KFA stetig angewachsen ist. Keiner hat Grund zu klagen. Alle



Salome Roessler / lensandlight

haben mehr, es wird nur ein bisschen anders verteilt. Das Schwankungsrisiko ist künftig zu einem überwiegenden Teil beim Land angesiedelt, so dass die Stadt Frankfurt beim Einbruch des Steueraufkommens weitgehend abgesichert ist.

Jammert Frankfurt bei der Klage über den KFA nicht auf höchstem Niveau? Finanzminister Thomas Schäfer hat ja sogar einmal nachgebessert bei den Verhandlungen mit Kämmerer Uwe Becker.

WIESMANN: Es ist viel getan worden, um beispielsweise den Metropolenstatus der Stadt Frankfurt zu berücksichtigen. Wir sind jetzt an einem Punkt angekommen, wo man sich zufriedengeben könnte. Aber ich habe zu respektieren, wie sich die Verantwortlichen vor Ort entschieden haben.

Sie sind ja Bildungspolitikerin im Landtag. Der Übergang von der 4. zur 5. Klasse hat in Frankfurt für viel Ärger gesorgt. Müsste da nicht eine Neuregelung des Landes erfolgen? Dass beispielsweise die Wohnortnähe eine starke Rolle spielt?

WIESMANN: Das Hauptproblem in Frankfurt sind die fehlenden Schulplätze insgesamt. Sowohl die Gymnasialplätze als auch die Plätze in anderen Schulformen, auch in den Realschul- und Hauptschulbildungsgängen, sind knapp. Es müssen wei-

tere Schulplätze geschaffen werden, auch über den Bedarf hinaus, damit das Schulwahlverhalten der Eltern auch korrigiert werden kann. Dafür braucht man ein paar Plätze mehr. Das Land kann dazu beitragen, dass die Eltern der Viertklässler möglichst gut über die Chancen der verschiedenen Bildungsgänge informiert werden. Dazu sind Reformen in Arbeit. Ich würde mir darüber hinaus wünschen, dass wir über die Bedeutung der Eignung des Kindes für die Empfehlung der Grundschule im Hinblick auf die weiterführende Schule diskutieren.

Stellen Sie damit den allein selig machenden Elternwillen bei der Schulwahl in Frage?

WIESMANN: Wir haben das deutlich formuliert: Die Eltern behalten das letzte Entscheidungsrecht. Sie sollen aber besser informiert werden. Ein Teil der Information ist eine Schulwahlempfehlung, die auf einer klareren Definition von Eignung beruht.

Also das schwarz-grüne Beratungsmodell aus Baden-Württemberg?

WIESMANN: Eher das Modell aus Bayern. Das man aber anreichern sollte insofern, dass man sich über eine nicht vorhandene Empfehlung als Elternteil mit guten Gründen auch hinwegsetzen kann. Das letzte Entscheidungsrecht bleibt bei den Eltern. Die Wohnortnähe ist mir deutlich weniger wichtig. Wir haben den großen Vorzug eines sehr differenzierten Schulangebots in Frankfurt. Wenn wir die Schulwahl an die Wohnortnähe koppeln, gefährden wir diese Qualität.

Wann wird es endlich genug Lehrer in Hessen geben? Insbesondere für Grundschule, Förderschule und Berufsschule?

WIESMANN: Es gibt genug Lehrer in Hessen, was die Anzahl anbelangt und auch die Stellenzuweisung. Es gibt nicht von allen Fachlehrern genug und mitunter nicht den Lehrertyp, der gerade gebraucht wird, beispielsweise wenn eine Lehrkraft unerwartet nicht zur Verfügung steht. Alle Schulen in Hessen haben 104 Prozent Lehrerruhestellen und sollten daher in der Lage sein, sehr kurzfristige Ausfälle zu kompensieren. Noch nie war die Lehrerversorgung besser als heute.

Wegweisende Beschlüsse der Frauen Union Hessen

Landesdelegiertentag der Frauen Union der CDU Hessen am 8. Oktober · Petra Müller-Klepper erneut Vorsitzende · Pressemitteilung und Beschlussanträge



Petra Müller-Klepper führt weiterhin als Landesvorsitzende die Frauen Union (FU) der CDU Hessen, die 9960 Mitglieder zählt. Die Landtagsabgeordnete aus dem Rheingau, die seit 2006 an der Spitze der CDU-Frauen steht, wurde beim Landesdelegiertentag in Bad Camberg mit überwältigendem Ergebnis (94,4 %) für weitere zwei Jahre an die Spitze gewählt.

Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden die Landtagsabgeordneten Bettina M. Wiesmann (Frankfurt) wieder- und Sabine Bächle-Scholz (Groß-Gerau) neu in den Vorstand gewählt. Die langjährige Schatzmeisterin Anne Oppermann (Marburg) übergab ihr Amt an Patricia Emmel aus dem Kreisverband Groß-Gerau.

Als Beisitzerinnen wurden gewählt: Jutta Heck (Wetterau), Srita Heide (Main-Kinzig-Kreis), Astrid Heller (Wiesbaden), Beate Mahr (Offenbach-Land), Karina Moritz (Schwalm-Eder), Birgit Otto (Gießen), Tamara Pfaff (Fulda), Sara Steinhardt (Frankfurt), Sabine Stuhlmann (Kassel), Christine Zips (Limburg-Weilburg) sowie als jüngstes Mitglied Neele Schauer aus Offenbach.

Beschlussvorlagen der Konferenz:

1. Paritätische Besetzung der Wahlvorschläge:

Die Frauen Union der CDU Hessen fordert den Landesvorstand der CDU Hessen auf, im Laufe der aktuellen Amtsperiode in Abstimmung mit der Frauen Union der CDU Hessen ein Konzept und Maßnahmenpaket zu erarbeiten, um bei der Aufstellung der Wahlvorschläge für die nächste Kommunalwahl das Ziel einer paritätischen Besetzung

mit Frauen und Männern gemäß §12 Absatz 1 KWG zu erreichen (*beschlossen*).

2. Mütterrente:

Ausweitung der von der Frauen Union durchgesetzten Mütterrente auf den noch fehlenden dritten Rentenpunkt: Alle Mütter und Väter, die Erziehungszeiten geleistet haben, sollen zukünftig pro Kind drei statt wie bisher nur zwei Rentenpunkte erhalten (*beschlossen*).

3. Burkaverbot:

Die Frauen Union Hessen möge sich dafür einsetzen, dass das Land Hessen ein Verbot der Ganzkörperverschleierung durchsetzt bzw. das Tragen einer Burka in der Öffentlichkeit per Gesetz untersagt (*beschlossen*).

4. Initiative „Eltern in der Politik“

Die Frauen Union Hessen nimmt an der Initiative „Eltern in der Politik“ teil – einer Selbstverpflichtung auf fünf Verhaltensregeln, die zur Vereinbarkeit von Familie und Politik beitragen (*beschlossen*):

- *Politikfreier Sonntag*: Der Sonntag sollte politikfrei sein. Wir legen selbst grundsätzlich keine Sitzungen auf den Sonntag.
- *Familienfreundliche Veranstaltungen*: Wir laden nur zu solchen Veranstaltungen am Wochenende ein, bei denen die ganze Familie willkommen ist. Wir freuen uns, wenn andere Veranstaltungen familienfreundlich gestaltet werden, und besuchen solche Veranstaltungen besonders gerne.
- *Effiziente Sitzungsleitung*: Als Vorsitzender oder Vorsitzende von Gremien des Parlaments oder der Partei achten wir auf eine effiziente Sitzungsleitung. Wir laden grundsätzlich unter Angabe eines Endzeitpunkts ein. Bei Terminierungen nehmen wir auf Belange von Kolleginnen und Kollegen mit Kindern besondere Rücksicht.
- *Flexible Arbeitszeiten*: Als Arbeitgeber oder Arbeitgeberin setzen wir auf Effizienz statt auf Präsenz. Wir ermöglichen flexible Arbeitszeiten

und Teilzeit auch in Führungspositionen. Wir wollen die Arbeitszeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Abend und am Wochenende so weit wie möglich reduzieren.

- **Fairer Wettbewerb:** Als politische Wettbewerber oder Wettbewerberinnen nehmen wir besondere Rücksicht auf politische Konkurrenten, deren Kind gerade zur Welt gekommen ist. Wir kommentieren es grundsätzlich nicht negativ, wenn aus familiären Gründen Termine nicht wahrgenommen werden.

5. Förderung des Ehrenamts in Feuerwehren

Förderung des bereits bestehenden „Sozialen Jahres“ in den Haupt- und Berufsfeuerwehren und vermehrte Einbindung auch in freiwilligen Feuerwehren und Überprüfung der gestaffelten Anwartschaft auf Rentenpunkte/e für die geleistete ehrenamtliche Zeit mit Prüfungen bei den freiwilligen Feuerwehren (an den neuen Landesvorstand überwiesen).

Zusammenhalt der Gesellschaft

Deutschlandkongress von CDU und CSU in Würzburg

Auf sechs „Deutschlandkongressen“ diskutieren CDU und CSU mit Experten aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft über die großen Herausforderungen unserer Zeit. Den Auftakt der Kongresse machte am 24. September in Würzburg das Thema „Zusammenhalt der Gesellschaft“.

Bayerns Landtagspräsidentin Barbara Stamm betonte: „Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt insbesondere durch großes bürgerschaftliches Engagement ist eines unserer Erfolgsrezepte und hat unser Land stark gemacht.“ Humanität, Ordnung und Sicherheit seien in der gegenwärtigen Situation wichtige Begriffe, sagte Stamm. „Das bedeutet auch: Eine Rentnerin mit einer kleineren Rente darf nicht das Gefühl haben, dass sie in Altersarmut kommt, weil die gesellschaftlichen Herausforderungen zu groß sind“, so Stamm.

Unser Land braucht Vorbilder

Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier sagte, der Zusammenhalt in der Gesellschaft bedeute gerade heute eine vielfache Herausforderung. Den ehrenamtlich Tätigen zollte Bouffier Respekt, Anerkennung und Hochachtung: „Dieses Land braucht Vorbilder – Sie sind Vorbilder!“ Mit Blick auf die Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft betonte Bouffier: „Integration ist nicht beliebiges Nebeneinander sondern bewusstes Miteinander. Zusammenhalt der Gesellschaft und Ei-

genisolierung durch Absonderung und Verhüllung kann nicht die Zukunft in Deutschland sein.“

In zwei Diskussionsrunden wurde anschließend mit den Experten und dem Publikum über den Zusammenhalt durch Gemeinschaft, Familie, Heimat und gelingende Integration sowie durch Verantwortung für alle Generationen diskutiert. Begleitet wurde der Kongress von einer „Ehrenamtsmesse“ verschiedener Organisationen und Vereinigungen.



Diskutierten mit den Kongressteilnehmern zum Thema „Zusammenhalt durch Gemeinschaft, Familie, Heimat und gelingende Integration“: Dr. Cornelia Schuh, Geschäftsführerin des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Bettina M. Wiesmann MdL, Sprecherin für Familienpolitik und frühkindliche Bildung der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Oliver Jörg, Vorsitzender der Arbeitsgruppe aktive Bürgergesellschaft/Ehrenamt der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag (v.l.n.r.)

Kooperative Gesamtschule ist die bessere Schule für Niederrad

Gastbeitrag Bettina M. Wiesmann, FR, 28.10.2016

Das Plädoyer der Frankfurter Schuldezernentin (FR vom 19.10.), in Niederrad anstatt der geplanten KGS eine IGS zu errichten, bedarf gleich mehrerer Klarstellungen.

Eine IGS sei automatisch leichter zu füllen? Beileibe nicht! Eine ganze Anzahl von Frankfurter IGSen werden seit Jahren nur schwach angewählt und z.T. mit Hilfe von Schülerlenkungsmaßnahmen in Klasse 5 gefüllt.

Alle befürworteten die IGS? Nein. Kultusministerium und Staatliches Schulamt sind weder als Gegner noch als Befürworter einer weiteren IGS im Süden in Anspruch zu nehmen. Das Ministerium prüft in Sachen Schulentwicklung stets nur die Plausibilität der Planung: Ist die geplante neue Schule in der Lage, die Schüler auch aufzunehmen? Dabei gibt es aber keinen Unterschied zwischen KGS und IGS: Egal, mit welchem Elternwunsch ein Viertklässler kommt, beide können ihn oder sie unter allen Umständen aufnehmen.

Im Süden gebe es nicht genug Gymnasialkinder? Nicht überzeugend. Die vorhandenen klassischen Gymnasien im Süden sind voll, sie weisen seit einigen Jahren bereits viele Kinder ab. Zudem soll die Bürostadt Niederrad in ein Wohn- und Büroquartier für rd. 10 000 Menschen umgewandelt werden. Hier muss zwingend eine entsprechende schulische Infrastruktur mitgedacht werden – natürlich auch für weitere gymnasiale Kinder. Und schließlich werden angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums stadtwweit mehr Plätze in allen Bildungsgängen benötigt, sogar mit gewissen Reserven, damit das gute System der vielfältigen Schulformen; Bildungsgänge und Schulprofile weiter funktionieren kann. Dazu kann eine sechszügige KGS einen weit wertvolleren Beitrag leisten als eine nur vierzügige IGS.

Die entscheidende Frage aber ist, welche Schulform die Kinder erfolgreich fördert. Dazu hat die CDU eine klare Auffassung: Kooperative Gesamtschulen vereinen alle Bildungsgänge unter einem Dach. Die Kinder werden dort ab Klasse 5 nach

Bildungsgängen getrennt unterrichtet, also in Lerngruppen von begrenzter Heterogenität; das erleichtert die Förderung jedes Kindes, wie die Leistungsvergleiche im Rahmen von PISA zeigen: IGS schneiden regelmäßig schlechter ab als KGS und Realschulen, was übrigens erklärt, warum längst nicht alle Eltern von Konzept und Praxis einer IGS überzeugt sind.

„Kinder werden in Lerngruppen von begrenzter Heterogenität besser gefördert.“

Die räumliche Nähe der drei Schulzweige Gymnasium, Realschule und Hauptschule unterm Dach einer KGS erleichtert es zudem, Schulwahlentscheidungen im Übergang auf die weiterführende Schule zu korrigieren. Es ist schlicht sinnvoll, genau eine solche Schule im Süden Frankfurts zu eröffnen, zumal das Schulplatzangebot der geplanten KGS mit drei Gymnasialklassen, zwei Realschulklassen und einer Hauptschulklasse dem anteiligen Bedarf nach Schulplätzen in unserer Stadt entspricht.

Es ist bedauerlich, dass die neue KGS im vergangenen Jahr nicht eröffnet wurde. Die befürchteten Schülerlenkungsmaßnahmen haben statt des Gymnasialzweigs Haupt- und Realschüler getroffen, die jetzt z.B. in Fechenheim zur Schule gehen. In unserer wachsenden Stadt werden noch zahlreiche Schulen neu entstehen müssen, um den Bedarf zu decken. Am Beispiel des Gymnasiums Nord lässt sich ablesen, dass eine Neugründung viele Chancen bietet; heute sind Eltern und Kinder dort, wie man hört, hochzufrieden.

Anstatt die genehmigte und dringend benötigte KGS weiter schlecht zu reden und dafür noch falsche Kronzeugen anzuführen, sollte die Schuldezernentin dafür sorgen, dass fehlende Voraussetzungen (Standort, Schulkonzept, Elterninformation etc.) endlich geschaffen werden.

Nachtrag: Am 1.11. beschloss die Koalition im Römer, an der Einrichtung einer KGS in Niederrad festzuhalten.

Qual der Schulwahl? Wege zu einer klugen Elternentscheidung

Bettina M. Wiesmann MdL: „Eltern brauchen frühe und umfassende Information über Chancenvielfalt im hessischen Bildungssystem und Gefahren einseitiger Schulwahlentscheidungen – Breite gesellschaftliche Debatte nötig.“ · PM 18.11. 2016

Im Kontext der andauernden Diskussion um Schulwahl und Schulentwicklung in Frankfurt luden am 16. November die CDU-Verbände Bornheim, Nordend, Ostend sowie der Verein „Eltern für Schule“ e.V. zur Diskussion unter dem Titel „Qual der Schulwahl – Wege zu einer klugen Elternentscheidung beim Übergang in die weiterführende Schule“.

Es diskutierten Sabine Fischer, bildungspolitische Sprecherin der CDU-Römerfraktion und Leiterin einer Grund-, Haupt- und Realschule im Frankfurter Westen, Roland Fiedler, Ausbilder und Inhaber des Familienunternehmens FREYA Reformhaus, Dr. Brigitte Scheuerle, Geschäftsführerin Aus- und Weiterbildung der IHK Frankfurt und Wilfried Volkmann, Vorsitzender des Vereins ‚Eltern für Schule e.V.‘ unter der Moderation von Bettina M. Wiesmann MdL (CDU), Mitglied des Schulausschusses im Hessischen Landtag.

„Bildung ist das zentrale Zukunftsthema für Frankfurt und die Frankfurter CDU. Dabei geht es uns nicht nur um die Versorgung aller Schulkinder mit einem Schulplatz, sondern genauso wichtig ist uns, dass jedes Kind den richtigen Schulplatz findet – und zwar möglichst auf Anhieb. Denn Schulwechsel oder gar ein Schulabbruch können ein Kind nicht nur persönlich, sondern auch in seiner Bildungsbiografie schwer belasten, während eine passende Schulwahl nach der vierten Klasse in unserem vielfältigen Bildungssystem den Weg zu jedwedem Aufstieg stets offenhält. Daher haben wir uns in unserem Kommunalwahlprogramm sehr stark gemacht für eine umfassendere Information und bessere Beratung der Viertklässlereltern bei ihrer Schulwahlentscheidung und wollen, dass diese Reform jetzt schnell kommt“, betonte Sabine Fischer.

„Viele wohlmeinende und engagierte Eltern erziehen quasi hin zum Abitur und können sich kaum vorstellen, dass es für ihr Kind klügere Alternativen gibt“, ergänzte Roland Fiedler. „Dabei finden wir für uns geeignete und motivierte Auszubildende und später Arbeitnehmer viel weniger auf Grund ihres formalen Abschlusses als vielmehr anhand ihrer per-

sönlichen Stärken. Im Handel brauchen wir Menschen, die auf andere zugehen und sie für unsere Produkte gewinnen können, alle anderen Eigenschaften und Fähigkeiten sind zweitrangig. Diese Stärken herauszufinden und dann zu entwickeln, ist die wichtigste Aufgabe, und sie beginnt bei den Eltern, die ihr Kind am besten kennen, aber auch die Chancen und Wege der Ausbildungs- und Berufswelt kennen müssen.“

Dr. Brigitte Scheuerle wies auf die Erkenntnisse zu den Berufs- und Verdienstmöglichkeiten von Ausbildungs- und akademischen Berufen hin. „Wenig bekannt ist, wie die beruflichen Chancen tatsächlich verteilt sind. Es ist ein Märchen, dass heute nur noch das Abitur das Tor zu weiteren Bildungschancen aufstößt, und genauso unwahr ist, dass nur akademische Qualifikationen lukrative Verdienstmöglichkeiten eröffnen. Mittlerweile kann man sogar mit einer dualen Berufsausbildung studieren.“

Wilfried Volkmann nutzte die Plattform, um den Teilnehmern aus den innerstädtischen Bezirken von seiner Initiative ‚Was soll mein Kind mal werden?‘ zu berichten, die im Frankfurter Westen und Süden bereits erfolgreich erprobt wird. „Wir haben den praktischen Weg eingeschlagen und ausprobiert, wie Eltern gut beraten und mit der Botschaft erreicht werden können, dass der vielfach empfundene Übergangsstress bei der Entscheidung für die weiterführende Schule unbegründet ist. Wer beim Übergang 4/5 eine kindgerechte Entscheidung trifft, ermöglicht seinem Kind eine selbstbewusste Aufstiegskarriere, der vielfältigste Wege in den Beruf, aber auch ins Hochschulstudium offenstehen. Entscheidend ist, dass Eltern rechtzeitig mit Ausbildern, Unternehmern und Fachleuten zusammenkommen, die anschaulich vermitteln können, dass ein Abi auf Biegen und Brechen kein Erfolgsfaktor fürs weitere Leben ist, eine erfolgreiche Schullaufbahn aber schon.“

In der Diskussion wurde deutlich, dass viele sich eine noch deutlich frühere Elterninformation der Schulämter wünschen, um eine vorurteilsfreie Über-

legung im Hinblick auf das eigene Kind anzustellen und dieses zudem rechtzeitig in den Entscheidungsfindungsprozess einzubeziehen. Auch der gesellschaftliche Mainstream, die klassische Gymnasialbildung sei unter allen Umständen erstrebenswert und eigentlich alternativlos, wurde kritisch thematisiert.

Bettina M. Wiesmann fasste zusammen: „Was soll mein Kind mal werden?“ ist eine bahnbrechende Initiative, die nicht ohne Grund bereits Zustimmung bei der neuen Frankfurter Schuldezernentin, aber auch im Kultusministerium gefunden und auch heute Abend Interessenten aus dem benachbarten Schulträgerbezirk OF angezogen hat. Es muss jetzt alles dafür getan werden, dass dieser Ansatz mög-

lichst schnell Teil des neuen Regelverfahrens zum Übergang 4/5 wird. Im Frankfurter Norden, Osten und in den innenstadtnahen Quartieren sollten entsprechende Veranstaltungen für den kommenden Spätsommer und Herbst vorbereitet werden. Parallel wünsche ich mir, dass der Prozess mit den Informationsabenden der Schülämter so verschränkt wird, dass alle Eltern ein kohärentes Informations- und Beratungsangebot erhalten. Die Politik ist ihrerseits gefordert, die Aufklärung über erfolgreiche Wegegänge und ihre Voraussetzungen in der Schullaufbahn zu intensivieren. Wir brauchen diese Debatte, um Eltern vor kontraproduktivem akademischem Ehrgeiz zu Lasten ihrer Kinder zu bewahren.“

Modellprojekt „Kulturkoffer“ erfolgreich gestartet

Staatssekretär Ingmar Jung übergab Bescheide – 28 Projekte erhalten
367.000 Euro · PM des HMWK 8.7.2016



Staatssekretär Ingmar Jung hat heute Förderbescheide in Höhe von rund 367.000 Euro an 28 Kulturinitiativen übergeben. Mit dem Modellprojekt „Kulturkoffer“ erhalten Kinder und Jugendliche kostenfreie oder kostengünstige kulturelle Angebote.

Staatssekretär Ingmar Jung: „Kulturelle Bildung ist ein Schwerpunktthema der hessischen Kulturpolitik. Ziel des Modellprojekts ‚Kulturkoffer‘ ist es, junge Menschen aus allen Schichten für Kultur zu begeistern. Wir möchten Heranwachsenden die Bedeutung von Kultur für ihre Persönlichkeitsentwicklung vermitteln.“

Frankfurter Projekte, die aus dem Kulturkoffer gefördert werden:

- *Art F. e.V.: Kunst ist mehr als Bildende Kunst*
- *Gallus Theater e.V.: Rendezvous mit einer Bank*
- *Konolino Nomadenzelt für Kinder: Raum-Vor-Stellung*
- *Stanza e.V. Verein zur Förderung Kultureller Bildung: In welcher Welt will ich WIE leben*

Die Landesregierung stellt für die Jahre 2016 bis 2018 rund vier Millionen Euro für den „Kulturkoffer“ bereit. Zur Finanzierung der einzelnen Projekte ist ein Landesanteil von grundsätzlich 70 Prozent vor-

gesehen. 30 Prozent übernehmen die Kooperationspartner oder deren Sponsoren. Aus allen eingereichten Anträgen wählte eine unabhängige Jury Projekte zur Förderung aus, die das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst nun bewilligt hat.

Der neue „Kulturkoffer“ enthält ein Projektpaket aus bewährten und neuen Kulturprogrammen. Beispiele für erfolgreiche Angebote sind der Schreibwettbewerb „Ohne Punkt und Komma“ oder das LUCAS Kinderfilmfestival. Zudem ermöglicht der „Kulturkoffer“ Projekte zur kulturellen Bildung, die einen inklusiven, interkulturellen und kooperativen Ansatz haben. Diese Projekte sollen auch Flüchtlingskinder sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ansprechen.

„Ich habe mich sehr über die zahlreichen Bewerbungen mit interessanten und innovativen Ideen gefreut, mit denen Kinder und Jugendliche Spaß an Kunst und Kultur finden. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, Kindern und Jugendlichen, vor allem im ländlichen Raum, ein attraktives Angebot zu bieten. Deshalb lade ich alle Kommunen und privaten Förderer dazu ein, das Modellprojekt mit uns gemeinsam weiterzuentwickeln. Denn von der kulturellen Bildung profitieren letztlich alle“, erklärte Staatssekretär Ingmar Jung abschließend.

Initiative für mehr jugendorientierte Freiflächen im Nordend

CDU-Frauen im Nordend machen sich stark für die Jugend

Bettina M. Wiesmann unterstützt die Initiative der CDU im Ortsbeirat Nordend, den Holzhausen-

park durch zusätzliche Spielflächen an anderen Orten im Nordend zu entlasten. Dabei stehen vor allem Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche über 12 Jahren im Blickpunkt, die nicht mehr auf Spielplätzen spielen dürfen, für die es aber im dichtbebauten Nordend kaum andere Bewegungsmöglichkeiten auf den Grünflächen gibt.



Bei der Begehung möglicher Spielflächen: Veronica Fabricius, stellvertretende Ortsvorsteherin, Claudia Ehrhardt, Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Ortsbeirat, Bettina M. Wiesmann MdL sowie Ulrike Grzimek, Kinderbeauftragte im Nordend (v.l.n.r.)

Ortsbeiratsinitiative für mehr Bewegungsmöglichkeiten und Spielangebote auch für größere Kinder im Nordend (22.8.2016)

„Spiel und Bewegung machen Kinder fit - auch im Kopf“/„Jedes zweite Kind bewegt sich zu wenig.“ Diese Meldungen sind uns bestens bekannt. Teil der Misere ist, dass sich die wohnungsnahen Freiflächen in unseren Großstädten in den letzten Jahren verringert haben. Gerade im Nordend, einem der kinderreichsten Stadtteile Frankfurts, nimmt der Bedarf jedoch durch die erfreulicherweise ständig wachsende Kinderzahl weiter zu. Zugleich steigt auch bei anderen Bevölkerungsgruppen der Bedarf an Freiflächen, bedingt durch geändertes Freizeitverhalten, die hohe Zahl an Singlehaushalten und teilweise sehr kleine Wohnungen.

In den letzten Jahren wurden daher viele Spielplätze im Nordend neu und attraktiver gestaltet. Allerdings sind diese Spielplätze von ihrer Struktur eher für Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit attraktiv und zumeist nur für Kinder bis 12 Jahre zugelassen. Kinder über 12 Jahren brauchen aber ebenfalls Bewegungsräume und geeignete Spielangebote, um sich zu entfalten. Dafür gibt es im Nordend entschieden zu wenig Flächen. Die aktuelle Diskussion um den Holzhausenpark machte dies wieder sehr deutlich. Bestehende Parks sind hoffnungslos übernutzt, und es müssen

Alternativflächen für verschiedene Nutzergruppen gefunden werden.

Die Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, bislang kaum oder nicht genutzte Flächen im Stadtteil so zu gestalten, dass sie für verschiedene Nutzergruppen etwas bieten. Zugleich müssen auch die Interessen der Anlieger berücksichtigt werden.

Dies vorausgeschickt, möge der Ortsbeirat 3 - Nordend beschließen, der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten,

Besteht die Möglichkeit, auf den folgenden Grünflächen

- Klettenbergstraße
- Eysseneckstraße (z.B. unterer Teil zw. Holzhausen- und Cronstettenstr. oder oberer Teil zwischen Cronstettenstr. und Adickesallee)
- Hallgartenstraße
- Oeder Weg zw. Lersner- und Fürstenberger Straße

Bewegungs- und Spielmöglichkeiten für Kinder über 12 Jahre zu schaffen? Dies könnten sein:

- Tischtennisplatten
- Trampoline (s. Hafepark)
- sonstige Fitnessgeräte
- ein Riesenschach (soweit Patenschaft für Figuren durch Kiosk o.ä. möglich, z.B. Eysseneckstraße unterer Teil)



Ein gelungenes 39. **Wiesenfest der CDU** am 27. August in Bergen-Enkheim! Markus Graff, Vorsitzender der CDU Bergen-Enkheim (rechts), begrüßte Wissenschaftsminister Boris Rhein MdL, Bettina Wiesmann MdL und Albina Nazareus-Vetter, ehrenamtliche Stadträtin von Frankfurt.

Bettina M. Wiesmann gemeinsam mit der Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Ortsbeirat 11, Christel Ebisch, beim **Besuch des Fechenheimer Fischerfests** am 3. September 2016. Das Fest wird alljährlich vom Arbeitskreis der Fechenheimer Vereine organisiert.



Vorstellung als Bewerberin um die Nachfolge von Erika Steinbach beim **Stammtisch der JU Ost** am 14. September 2016 im Apfelweinlokal 'Zur Schönen Müllerin': Bettina M. Wiesmann erläutert die Beweggründe für ihre Bewerbung und stellt sich der Diskussion.

Dr. Thomas Dürbeck, kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Römer, und Bettina M. Wiesmann, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Hessischen Landtags, bei der Eröffnung des diesjährigen **LU-CAS-Filmfestivals** für Kinder und Jugendliche am 18. September im Deutschen Filmmuseum.



Foto: Sabine Imhof



Foto: Karola Brack, VFC

Zufriedene Gesichter: Mit über 9 Millionen Euro unterstützte das Land den **Umbau der U5-Haltestellen Muserschule und Glauburgstraße im Nordend**. Verkehrsstaatssekretär Mathias Samson (3. v.l.) übergab Verkehrsdezernent Stefan Majer (2. v.l.) am 6. Juli den Förderbescheid. Zeugen der Übergabe waren VGF-Geschäftsführer Michael Budig (li.), Bettina M. Wiesmann MdL sowie Jochen Vielhauer und Dr. Rüdiger Koch (re.) vom Ortsbeirat 3.

Die komplexe Gemengelage zwischen Anwohnern und gesamtstädtischen Interessen hatten zu einem langwierigen Planungsverfahren geführt. Unter Beteiligung auch von Architekten und Bürgern wurde schließlich eine Lösung entwickelt, mit der nur der mittlere Teil des Bahnsteigs behindertengerecht angehoben wird. Zudem wurden die beiden Richtungsbahnsteige an beiden Haltestellen auseinandergezogen. Damit können Fußgänger weiterhin Straße und Bahnsteig ungefährdet überqueren, und eine Zerschneidung des Stadtteils wird vermieden. Inzwischen gibt es an beiden Haltestellen wieder freie Fahrt für alle.



Während der Diskussionsveranstaltung „**Frauen mit Format – Freiheit statt Gleichheit?**“ am 11. Juli 2016 im Frankfurter Westend: Die Initiatorin der Veranstaltung, Katrin Müller-Walde (CDU Westend), Bettina M. Wiesmann MdL, Bundesministerin a.D. Dr. Kristina Schröder MdB und Astrid v.d. Malsburg, Geschäftsführerin von „Frauen mit Format“. (v.l.n.r.).



Bettina M. Wiesmann beim Wagen der Lesben und Schwulen in der Union auf dem **Christopher Street Day** am 16. Juli 2016 in Frankfurt



Tag der Offenen Tür der **Turngemeinde Bornheim** bei der Eröffnung des neuen Sportcenters 3 am 17. September 2016. Peter Völker (im Bild links), Vorsitzender des Vereins, führte die Wahlkreisabgeordnete Bettina M. Wiesmann MdL durch die neuen Räumlichkeiten, die das Sporttreiben in Bornheim besonders in der kühlen Jahreszeit deutlich verbessern werden. In 7 Hallen haben vor allem Fitnessbegeisterte eine reiche Auswahl an Training, von Aerobic bis zu Pilates und Total Body Conditioning. Auch Trainings für Schwangere und Mutter und Babys sind im Angebot.



Termine (Auswahl)

- 25. November Enquête-Kommission Bildung – Anhörung zum Themenfeld „Bildung für Flüchtlinge“, Hessischer Landtag
- 25. November Adventsfeier CDU Riederwald, Besuch des Weihnachtsmarkts Niederrad
- 28. November Bundesfachausschuss Familie, Berlin
- 29. November Sozial- und Integrationspolitischer Ausschuss, Kulturpolitischer Ausschuss, Hessischer Landtag
- 30. November Sondersitzung des Hessischen Landtags „70 Jahre Hessen“
- 1. Dezember Gottesdienst und Festakt „70 Jahre Hessen“
- 2. Dezember Eröffnung des Fechenheimer Weihnachtsmarkts
- 6.–7. Dezember CDU-Bundesparteitag, Essen
- 8. Dezember Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Hessischer Landtag
- 10. Dezember Weihnachtsmarkt Nieder-Erlenbach
- 13.–15. Dezember Plenarsitzung Hessischer Landtag
- 16. Dezember Enquête-Kommission Bildung, Hessischer Landtag

Hessischer Landtag
Bettina M. Wiesmann MdL
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden
0611 350 - 718
b.wiesmann@ltg.hessen.de

CDU Frankfurt
Bettina M. Wiesmann MdL
Kurt-Schumacher-Straße 30–32
60313 Frankfurt am Main
069 153390 - 0
info@bmwiesmann.de